

Bezugpreis:
Stettin 1,75 Mk. monatl. 2,05 Mk.
frei ins Haus voranzahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig.
Wochentlich 2,25 Mk. exkl. Zustellungs-
gebühren.
Unter Kreuzband für Deutsch-
land u. Österreich-Ungarn 1,40 Mk.
für das österr. Ausland 1,60 Mk.
täglich einmalige Zustellung 7,50 Mk.
Wandzeitungen nehmen an Adre-
ssen, Holland, Ungarn, Schweden
und die Schweiz.
Eingetragen in die
Vot.-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal, Sonntags einm.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 11. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11 753-54.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareilzeile
längs 20 Bsp. „Kleine Anzeigen“,
das fertige Drucke Wort 40 Bsp. (gleichg.
2 fertige Drucke Worte), jedes weitere
Wort 20 Bsp.
Stellungsanzeigen und
Schlafstellenanzeigen das erste Wort
20 Bsp., jedes weitere Wort 15 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte.
Lernungsanzeigen 50%,
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Vereine - Anzeigen
80 Bsp. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
nachmittags im Druckerei-Büro
SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben
werden.
Schließt von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Die Beseitigung des Achtstundentags.

Weil die französischen Bergarbeiter noch 10 Stunden arbeiten müssen.

Die französische Besatzung des Saargebietes hat den Achtstundentag für Bergarbeiter aufgehoben, mit der Begründung, daß sowohl in Frankreich wie in Deutschland Kohlennot herrsche, namentlich aber, weil die französischen Bergarbeiter auch 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Einwand, daß in der Pfalz die Achtstundenschicht bereits eingeführt sei, erwiderte der französische Befehlshaber, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in der Pfalz eingerückt seien. Er könne die Achtstundenschicht nicht einmal in Aussicht stellen, wenn jedoch die Vergleute Kohlen lieferten, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Vergleute gut werden, die unter der Lebensmittellage sehr leiden.

Man sieht auch daraus, daß die Maßnahmen der Besatzungstruppen ganz von der Sorge um die Ruhe der französischen „Herren-im-Hause“ diktiert ist.

Forderungen der französischen Arbeiter.

Paris, 10. Dezember. Pariser Blätter teilen mit, daß Sonntag nachmittag eine große Versammlung im Pariser Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, in der der Achtstundentag, Demobilisierung und allgemeine Amnestie gefordert wurde. „Populaire“, das als einziges Blatt weitere von der Zensur stark gekürzte Mitteilungen macht, berichtet ferner, daß die Versammlung Gerechtigkeit und allgemeine Verbrüderung verlangte und die Notwendigkeit einer Aktion zugunsten der sozialen Revolution immer wieder betonte. Der Journalist Paul Faure bezeichnete den Kapitalismus als Urheber des Krieges und verurteilte die Intervention der Alliierten aufs schärfste. Der Wortlaut der einstimmig angenommenen Resolution wurde von der Zensur vollständig unterdrückt.

Huyssmans über das belgische Friedensziel.

London, 10. Dezember. Reuter. Das in London erscheinende belgische Blatt „La Revue“ teilt mit, daß der belgische Minister des Auswärtigen Huyssmans am 2. Dezember in Beantwortung einer Anfrage erklärte, von Deutschland werde in erster Linie die Rückeroberung des Milliarden Schadens verlangt werden. Bezüglich der territorialen Veränderungen könne er keine Erklärungen abgeben.

Die Entente und die Polenanschiebungen. Eine Untersuchungskommission. — Der Standpunkt der deutschen Regierung.

London, 11. Dezember. Das Reutersche Bureau erzählt, daß die britische Regierung eine Mission nach Polen schicken wird, um den Alliierten über die Verhältnisse in diesem Lande zu berichten. Der Militärattaché in Kopenhagen, Oberstleutnant Wabi, wird als Kommissar auftreten. Gegenüber den polnischen Presseagenturen, die fortfahren, die Schuld an den Pogromen in Polen und Galizien abzustreiten, und sie als Ausschreitungen von Banditen und Blünderern darzustellen, wird mit allem Nachdruck auf die Berichte der Augenzeugen hinzuweisen sein, die bezeugen, daß die Pogrome in den meisten Fällen von den polnischen Legionären vorbereitet und von den Behörden geduldet wurden. Die jüdischen Selbstwehren wurden von den polnischen Legionen auf Befehl der Behörden vor dem Beginn der Pogrome entwaffnet. In Lemberg war den Truppen bekanntgegeben worden, daß sie 48 Stunden lang das jüdische Viertel plündern dürften, wie denn auch die Verhängung des Standrechts erst am dritten Tage der fürchterlichen Ausschreitungen erfolgte. In Lemberg wurde die Wasserleitung während des Brandes des jüdischen Viertels gesperrt. Daß deutsche Untertanen an den Pogromen schuld sein sollen, wie polnische Presseagenturen behaupten ist eine so unsinnige Unterstellung, daß ihre Widerlegung sich erübrigt. Solange die deutsche Besatzung in Polen bestand, sind die auch damals unternommenen Versuche zu Pogromen jedesmal sofort unterdrückt worden. Die deutsche Regierung verurteilt die fürchterlichen Pogrome aufs schärfste und weiß sich darin einmütig mit der öffentlichen Meinung der gesamten Welt.

Die Frage Deutschböhmens. Kantonalte Verfassung.

Wie uns aus Prag gemeldet wird, soll der tschechoslowakischen Nationalversammlung in der nächsten Zeit eine Verfassung der neuen Republik vorgelegt werden, die eine kantonale Gliederung vorsieht. Es sollen etwa 25 Kantone gebildet werden, wovon 4 oder 5 das deutsche Sprachgebiet umfassen würden. Den Kantonen soll weitgehende Selbstverwaltung verliehen werden, und nur die Angelegenheiten, bei denen eine Trennung nicht möglich ist — Eisenbahnen, Post usw. — sollen gemeinsam sein. Auf diese Weise hofft die tschechische Regierung die Deutschen mit ihrem — von der Entente angeblich schon beschlossenen — Verbleiben im tschechischen Staatenverbände verführen zu können. Man wird den Entwurf der tschechischen Regierung abwarten müssen, bevor man sich ein Bild von seiner vorzuschätzlichen Wirkung auf die Deutschböhmern machen kann. Aber viel ist dabei nicht zu erwarten, denn die Deutschböhmern wollen nicht zur tschechoslowakischen Republik sondern streben mit aller Kraft zu Österreich und damit zu Deutschland. Dazu haben sie, wie objektiv urteilende Tschechen zugeden, nach den Wilsonschen Grundsätzen auch das Recht, nur wenden die Tschechen dagegen ein, daß ihre Republik durch die Abtrennung Deutschböhmens ein lebensunfähiges Gebilde wäre, so daß sie nicht dem Recht, aber den Tatsachen nach ihr eigenes Selbstbestimmungsrecht dadurch verlieren würden.

Die Anwesenheit des Reichs-Präsidenten in Prag ist eine politische Abschwächungspolitik gegen Deutschböhmen. Das Wien bisher mit Kohlen versorgte, sei in den Händen der Polen. Das Böhmer Gebirge werde seine Ueberflüsse abliefern, sobald der Bedarf des eigenen Landes gedeckt sei; mit der Lebensmittelversorgung sei aber Innerböhmen nicht besser gestellt als irgendein anderer Teil des ehemaligen Österreich-Ungarns.

Straßenkämpfe in Deutschböhmen.

Prag, 11. Dezember. In Rußig kam es gestern nachmittag und abends zu umfangreichen Plünderungen. Große Menschenmengen drangen in die Häuser ein, zerstörten und plünderten sie. Die Polizei und die Volkswache waren völlig ohnmächtig gegen die tobenden Massen. Gegen 8 Uhr abends zog der Sozialrat Verklärungen heran, doch vermochten sie den Plünderungen keinen Einhalt zu tun. Es wurden Gewehre und Maschinenwache in Tätigkeit gesetzt und bis in den späten Abendstunden stark geschossen, wobei bisher drei Tote und fünf Schwerverletzte zu verzeichnen sind. Die Zahl der Leichtverletzten ist sehr groß. Bis 11 Uhr nachts dauerten die Plünderungen noch an. Auch in dem benachbarten Schönwieser kam es bereits nachmittags zu Ausschreitungen, wobei das Militär von der Waffe Gebrauch machen mußte. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Die Tschechen besetzen nunmehr auch Reimertitz.

Verschuldung Englands gegenüber Amerika.

London, 10. Dezember. (Reuter.) Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee über die finanziellen Fragen hielt, unter anderem, England sei an die Vereinigten Staaten schwer verschuldet; es habe für 8 Milliarden Mark Gold und 16 bis 20 Milliarden Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Zinszahlung für die Schulden und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden während der folgenden Jahre England eine sehr ernste Bürde auferlegen.

Um den Völkerbund.

Bern, 10. Dezember. Der Generalkonferenz des französischen Verbandes der Völkerliga hat der französischen Regierung eine Vorlage zugehen lassen, wonach die alliierten Regierungen noch und vor dem Zusammenritt der Friedenskonferenz feierlich betunden sollen, daß sie die Grundzüge und Bedingungen für den Völkerbund festlegen und sich verpflichten, diese Abmachungen immerdar einzuhalten. Vor allem müsse der Friedensvertrag das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren und die Beschränkung der Rüstungen enthalten. Die Alliierten sollen sich verpflichten, sofort nach Friedensschluß eine Konferenz abzuhalten, in der alle den Völkerbund betreffenden Fragen von allen Staaten gemeinsam besprochen werden sollen, die in den Völkerbund eintreten. Diese Konferenz soll dann auch beschließen, welche Nationen in den Völkerbund aufgenommen werden sollen.

Die englische Schiffsabfertigungskommission in Hamburg ist gestern nach Bremen abgereist. Die Vereinigte Wasser- und Frachtschiffahrtsgesellschaft wurde beauftragt, für möglichst schnelle Abtransport der Fahrzeuge zu sorgen.

Um die Nationalversammlung. Termin und Aussichten.

In Spartakuskreisen ist seit Sonntag eine starke Ernüchterung eingetreten. Man sieht sich auch dort noch der Hoffnung hingeben, nach monatelanger Zerrüttung des Reichs durch Hunger und Arbeitslosigkeit die politische Macht erobern zu können, so sieht man doch wohl ein, daß in diesem Augenblick nichts zu erreichen ist. Berlin hat allem Anschein nach die Krise überstanden, und die Regierung Ebert-Gaase bekommt die Bügel immer fester in die Hand.

Indes, in Zeiten wie diesen kann es nicht anders sein: Tritt eine Sorge in den Hintergrund, so treten zwei, zehn andere in den Vordergrund. Immer bedrohlicher klingen die Nachrichten von einem bevorstehenden Entente-Ultimatum über die Bildung einer ordentlichen, auf eine Willensfundgebung des Volkes gestützte deutsche Zentralgewalt, ohne daß man zunächst unterscheiden kann, was an ihnen Wahrheit und was bloße Tendenz ist. Jedenfalls nützt die Rechte diese Nachrichten weidlich aus, um für eine Wiedereinberufung des Reichstags Stimmung zu machen, wie sie auch vom Kölner Oberbürgermeister Adenauer gefordert wird.

Reuter, 10. Dezember. Die Reichsversammlung, die vor sieben Wochen im Reichstag verabschiedet wurde, ist durch die Revolution verloren gegangen. Wir haben aber auch nie ein Gebill darans gemacht, daß auch wir hier den schwächsten Punkt des durch die Revolution entstandenen Provisoriums empfinden, und daß wir die schleunigste Einberufung einer ordentlichen Volksvertretung für dringend notwendig halten.

Der Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung ist auf den 16. Februar festgelegt worden, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Reichsversammlung der A- und S.-Räte, die am nächsten Montag in Berlin zusammentritt. Diese Reichsversammlung hat es also in der Hand, den Termin innerhalb des technisch Möglichen noch etwas früher zu legen, und sie würde hohe politische Einsicht betätigen, wenn sie sich zu einer solchen Verlegung entschließen wollte. Eine entsprechende Anregung ist vom A- und S.-Rat in Gassel ergangen.

Die Stellung der sozialdemokratisch-unabhängigen Regierung könnte nach außen und innen nur wesentlich gestärkt werden, wenn man sich darauf berufen könnte, daß sie den Wahltermin so früh als möglich angelegt hat. Damit erlebigen sich alle ausländischen Beschwerden über den usurpatorischen Charakter der gegenwärtigen Regierungsgewalt ebenso wie alle Bestrebungen, den toten Reichstag zu galbanisieren.

Es ist bekannt, daß der Mitte-Februartermin ein Kompromiß ist zwischen dem Mitte-Januartermin, den die Sozialdemokratie gewünscht hat, und dem Mitte-Apriltermin, den der Parteivorstand der Unabhängigen in Vorschlag brachte. Wir denken aber, daß sich die Unabhängigen mit einem Beschluß der A- und S.-Räte, den Termin früher zu legen, leicht befreundeten könnten. Denn wenn es auf der einen Seite vollkommen klar ist, was durch die Veräumlichung von vier Wochen aufs Spiel gesetzt wird, so ist es auf der anderen ebenso unklar, was damit gewonnen werden soll.

Man darf ohne weiteres zugeben, daß unsere früheren Genossen, die sich im Frühjahr 1918 von uns trennten, in einer üblen Lage sind. Sie sehen, als abgesondertes Parteigebilde, den Wahlen nicht mit denselben hochgepannten Erwartungen entgegen wie wir. Ihr Wunsch, die Entscheidung noch etwas hinausschieben und inzwischen für ihre Sache arbeiten zu können, ist begreiflich. Aber die Erwägung muß sich dazwischen drängen, daß mit dem Ende des Streits über die Kriegspolitik der Sozialdemokratie die politische Konjunktur für die Unabhängigen vorüber ist. Ihr Rekrutierungsgebiet waren diejenigen Kreise der sozialdemokratischen Partei, die mit unserer Kriegspolitik unzufrieden waren, und darum war die einseitige Kampffront gegen die alte Partei die gegebene. Die läßt sich aber nicht mehr aufrecht erhalten, seitdem sich die Unabhängigen mit uns auf dieselbe Regierungsbank gesetzt haben. Stärker als Worte wirken Taten, und die Tat der Unabhängigen geht den Massen, daß der so hitzig geführte Streit um die Kriegskredite etwas geschichtlich Erledigtes ist, und daß das Bedürfnis nach einer Sondergruppierung innerhalb der Arbeiterbewegung nicht mehr besteht.

Das sind Umstände, die der alten Mehrheitspartei ohne weiteres zugute kommen müssen. Sie ist heute die Hoffnung des deutschen Proletariats, sie ist, rund herausgesagt,



hätte auch die Forderung der Unabhängigen. Wenn von der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung gesprochen wird, so denkt dabei doch niemand an eine unabhängige Mehrheit. Nicht zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen, sondern zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen fällt die Entscheidung.

Wenn wir in diesem Zusammenhang von Sozialdemokraten reden, so meinen wir damit nicht nur die Mitglieder der alten Partei, sondern auch die früheren Parteigenossen, die als Unabhängige dem Erfurter Programm treu geblieben sind. Unser Sieg wird auch ihr Sieg sein, und jede Wahl, die zu ihren Gunsten ausfällt, werden wir auch als unseren Erfolg buchen können. Dagegen kommen diejenigen Unabhängigen, die sich zu Gegnern der Demokratie bekehrt haben, bei den Wahlen praktisch kaum in Betracht. Denn das Volk wird nicht Leute wählen wollen, die ihm noch vor ein paar Wochen ins Gesicht geschrien haben, daß es „nicht reif“ zum Wählen sei.

Wie will man aber zwischen diesen beiden Sorten von Unabhängigen einen deutlich sichtbaren Trennungsstrich ziehen? Die Sozialdemokraten der Sonderpartei sind in Gefahr, mit den Spartaisten in einen Topf geworfen zu werden. Daß sich die alte Sozialdemokratie vor dieser Gefahr schützt, indem sie gegen Spartaismus einen entschlossenen Kampf führt, wird vielleicht auch von jenen noch einmal als ein großes Glück betrachtet werden.

Es ist anzugehen, daß in der Situation der Unabhängigen etwas Tragisches liegt. Aber sie können keine Politik machen, indem sie bloßen Gefühlen nachhängen. Es wird ihre Aufgabe sein, aus einer Lage, die vielleicht schlimmer ist als sie selbst noch der Meinung ihrer schärfsten Gegner in der Sozialdemokratie verdient ist und die sie selber ganz gewiß nicht verdient zu haben glauben, den befreienden Ausweg zu finden. Dagegen ist unser Weg klar vorgezeichnet, er geht getreu dem alten sozialdemokratischen Programm über die Demokratie zum Sozialismus, und so ist unsere Parole nicht in Gefahr, ihre Anziehungskraft zu verlieren. Die Dinge stehen demnach so, daß wir neue Anhänger gewinnen und die Unabhängigen die ihren verlieren. Die Sozialdemokraten unter den Unabhängigen verlieren aber dabei nichts, sie werden uns stets willkommene Mitkämpfer sein. Die anderen aber mögen sehen, wo sie bleiben, es ist politisch nicht schade um sie!

### Gegenrevolutionärer Putsch in Agram. Eine Straßenschlacht.

Budapest, 11. Dezember. (Meldung des Holländisch-Nieuw-Horizont.) Wie aus Agram gemeldet wird, hat ein gegenrevolutionärer Putsch stattgefunden. Die Soldaten der ehemaligen Regimenter 26 und 68 haben einen bewaffneten Putsch gegen den Nationalrat versucht. Der Nationalrat war von dem Versuch informiert und hat die Teilnehmer mit Maschinengewehren andeckungslos überfallen. Es kam zu einer Schlacht, in der es viele Tote und Verwundete gab. Nach der Schlacht fanden Plünderungen statt. Es gelang aber bald, die Ruhe wieder herzustellen. Auf Grund dieser Vorgänge wurde die Presszensur wieder eingeführt.

### Anklage gegen den Exkaiser.

Am 11. Dezember. (Ordnungsamt.) Die Anklage gegen den Exkaiser ist eingeleitet. Die Anklage lautet folgendermaßen: In Anbetracht dessen, daß die deutschen Armeekommandanten während der Ereignisse im April 1918 in der Provinz Ungarn Mädchen in ihren Familien entzogen haben, ihnen eine schändliche Behandlung zutrug und sie mit Frauen schlechten Lebenswandels und Soldaten in Verbindung brachten, mit Rücksicht darauf, daß die Chefs der deutschen Armeen sich auf diese

Weise der Entführung der Kinder-jährigen und der Auslieferung der Kinder-jährigen zu überlichem Lebenswandel schuldig gemacht haben, mit Rücksicht darauf, daß sie diese Taten immer im Namen des Kaisers vorgenommen haben, reichen die unterzeichneten Frauen eine Anklage ein und fordern die Verfolgung von Wilhelm II.

### Achtung bei A- und S-Rats-Wahlen. Laßt Euch nicht überrumpeln!

Die Notiz in unserer heutigen Morgennummer hat uns eine Anzahl Zustimmungserklärungen eingetragen. So wird uns ein Fall gemeldet, in dem bei einer gemeinsamen Versammlung von etwa 20 kleineren Betrieben der Metallwarenbranche, die am 10. Dezember im Lehrvereinshaus stattfand, durch Überrumpelung der Versammlung ein radikaler Unabhängiger in den Arbeitererrat gewählt wurde, während sicher die große Mehrheit der Wahlberechtigten auf dem Boden der alten Partei stand. Es waren zu der Versammlung zahlreiche Arbeiter anderer Betriebe (z. B. von Schwarzkopff) erschienen, die mit dieser Wahl gar nichts zu tun, sondern sich einfach eingedrängt hatten. Am Eingang des Saales wurde keine Legitimation verlangt mit der Begründung, es solle noch gar nicht gemöhlt, sondern erst Kandidaten aufgestellt werden. Trotzdem wurde nachher einfach abgestimmt, wobei sich auch die Nichtwahlberechtigten der anderen Betriebe an der Wahl beteiligten.

Leider fehlte es den Versammelten an der nötigen Energie, sich gegen diese Überrumpelung zu schützen. Gegen derartige Machenschaften muß die Arbeiterklasse aber mit aller Kraft auf der Hut sein. Wenn irgendein Spartakus sich als Kandidat aufzubringen sucht, so muß ihm rund herum erklärt werden: „Dich wählen wir nicht, wir verlangen einen Vertreter, der unserer Anschauung entspricht.“ Und dementsprechend ist zu handeln.

### Das Programm der Sozialisierungs-Kommission.

Die Kommission für Sozialisierung betrachtet es — wie sie in einer Rundgebung mitteilt — als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft herbeizuführen. Sie ist sich bewußt, daß die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel

nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Eine Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederherstellung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gezielte Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftswirtschaft die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Inangriffnahme der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungehinderte Funktion der Kreditbanken.

Im Interesse unserer Lebensmittellieferung wird auch nicht vorgezogen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung eingzugreifen. Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Wirtschaft, die sich durch die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß

der Gemeinschaft die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe wie Kohle und Eisen

zugesichert. Es muß geprüft werden, welche anderen Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Kon-

sumption geeignet sind, in Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekendarlehen, für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Erspargung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich durch diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leiten lassen, wo die Verfügung über die Latifundien und die großen Forste der Gesamtheit zuzuführen muß.

Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zuzuführen ist, oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel zur Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstellt. In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftszweige sich verschiedenes gestalten müssen. Neben der völligen Uebernahme kommen noch andere Formen der Beteiligung und der Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht.

Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Uebergabe ihrer Betriebe

durch Ablösungsbrenten entschädigt werden sollen, damit Härten und Unregelmäßigkeiten in der Heranziehung des Viehes zu den Aufgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung, die allgemeine Heranziehung der gesamten besitzenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erlassen.

### Keine „Gegenrevolutionäre“! Erklärung!

Die versammelten Soldatenräte der Deutschen Jägerdivision und des Infanterieregiments Nr. 189 erklären hiermit, daß sie und alle ihre Kameraden treu zur Regierung Ebert-Haase stehen, sie nach allen Kräften unterstützen wollen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten.

Alle Gerüchte über gegenrevolutionäre Absichten sind völlig aus der Luft gegriffen. Keiner unserer Kameraden würde sich für solche Zwecke gebrauchen lassen, falls wirklich irgendwas derartige Pläne beständen.

Die Deutsche Jägerdivision hat bis zum Schluß an der Front ihre Pflicht getan, wenn sie jetzt in Manneszucht und Ordnung in die Heimat einzieht, um unter dem schönen Stern ihren Gruß darzubringen, so braucht dies für niemand Veranlassung zu sein, zu glauben, daß ein reaktionärer Geist in ihr herrscht.

Im Auftrage der versammelten Soldatenräte der Deutschen Jägerdivision und des Infanterieregiments 189:

Geft. Kienke, Geft. Kuchow, Ref.-Jäg.-Btl. 1.

Für frühere Wahlen zur Nationalversammlung! Der Arbeiter- und Soldatenrat Rassel hat an den Reichsminister Ebert eine dringende Vorstellung gerichtet, in der er darlegt, daß der Termin für die Wahlen für die Nationalversammlung unter allen Umständen bedeutend früher als auf den 18. Februar gelegt werden müsse, und hat den ersten Sonntag im Januar als spätesten Wahltermin vorgeschlagen.

Ein Vorschlag. Ein Lehrer schlägt der Regierung vor, falls die Aufforderung der Wählerlisten zur Nationalversammlung andererseits nicht schnell genug erfolgen könnte, die Lehrer zu dieser Arbeit mit heranzuziehen. Die Lehrer würden sich gern im Bewußtsein der Dringlichkeit der Aufgabe zur Verfügung stellen.

Kriegsmuseen. 6. Bildung einer Reichsstelle zur Sicherung der Kunstsphäre im Rahmen der künftigen Gesetzgebung.

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von folgenden Persönlichkeiten: Otto Hartwig, Rudolf Bauer, W. E. Behrens, Josef Bloch, Theo v. Brodhufen, Präsident der Freien Segeßion, A. E. Brindmann, Georg Braune, Ewald Dülberg, August Grisebach, Wilhelm Hausenhein, Franz Hedenbach, Carl Georg Heise, Fritz Hellweg, Ernst Herzfeld, Wilh. Jaedel, Walter Koessbach, César Klein, Adolph Kollwitz, Leo v. König, 2. Vorsitzender der Berliner Segeßion, Bruno Krauskopf, Reichsliche Bildnismaler, Paul Weses, Hans Weid, Herbert Mueller, Julius Meier-Groese, Heinrich Nauert, Wilhelm Niemeier, Rudolf Oldenburg, Ernst Osthaus, Friedrich Paulsen, Max Radtke, Friedrich Reyznanski, Hans Reizig, E. Rottner, Heinrich Richter, Chr. Rühlke, John Schlawoff, E. C. Schleyer, Hermann Schmitz, Rich. L. F. Schulz, Carl Ernst Schwabach, Dr. phil. Finanzminister Hugo Simon, Wilh. Steger, Georg Stratzenski, Georg Tappert, Bruno Taut, Max Taut, Heinrich Testenow, Arnold Topp, Wilhelm H. Valentiner, Hermann Vogt, Ludwig Wolde, Wilhelm Woringer. — Zustimmungserklärungen werden erbeten an den Arbeiter- und Soldatenrat für Kunst, Berlin NW. 40, In den Posten 19.

### Notizen.

— Architekten-Reform. In der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin-Charlottenburg wird die Einführung einer Abteilung zur Ausbildung von Baukünstlern geplant.

— Theater. In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans am Freitag „Wilhelm Tell“ gegeben.

— Vorträge. Der für morgen festgesetzte literarische Abend von Christine Reichensach („Ein Gesicht“ von Unruh) wird abgesetzt. Gelauhe Karten werden zurückgenommen.

— Expressionistische Wortkunst in der Volksbühne. Im Vortragsabend der Freien Volksbühne, der Sonntag in der Aula des Grauen Hofes stattfand, machte Dr. Rudolf Blümler, der bekannte Meisterintendant neuer Wortkunst, einem Teil der Berliner Arbeiterklasse mit Werken der expressionistischen April bekannt.

Ein paar einleitende Worte bereiteten die Hörer auf das Fremdartige, von allem Herkömmlichen Abweichende der neuen Kunst vor und wiesen darauf hin, daß es eine nationale Eigentümlichkeit gerade des deutschen Publikums ist, jeder künstlerischen Neuerung, die die alten Formen sprengt, mit billigem Hohn und Spott zu begegnen. Dieser warnende Hinweis war gegenüber dem Publikum der Freien Volksbühne überflüssig. Die schwere, heisse, bildreiche Sprache eines Henneke und Runge, die fürmerden Abstrakten Hermann Wolde ebenfalls verständnisvolle Hörer, wie die bis zum Reizierten konzentrierte Wortkunst August Stramm's, die die formalen Tendenzen der expressionistischen Poesie am reinsten verkörpert.

Der Beifall, der erstögernd einsetzte, wuchs mit jedem Stück und steigerte sich bei Hennekes „Angriff“ und Stramm's „Der Reiter“ zu Ausdrücken spontaner Begeisterung.

— Die Koloßia-Ausstellung bei Paul Cassirer wird Freitag, den 18., um 4 Uhr geschlossen. — Sonntag, den 18., beginnt die Weihnachts-Verkaufsausstellung von Roderner Graphik.

### Aus Hermann Löns' Nachlaß.

Aus Hermann Löns' Nachlaß hat der Verlag W. Sponholz in Hannover das Wesentlichste gesichtet und es in drei Bänden gesammelt. Zwei Bände Tier- und Jagdgeschichten und eine größere Erzählung. Hermann Löns ist bereits im ersten Kriegsjahr vor Feind gefallen. Sein Tod, der dem unsers Ludwig Kranz sehr ähnlich, hat starken Anlaß dazu gegeben, daß seine Bücher auch in weiteren Kreisen bekannt wurden. Und daß — wir wollen es nicht übersehen — auch manches, was aus der Feder dieses Sonderlings (soh, ziemlich kritisch hingenommen wurde, obwohl es diese Kunst nicht verdiente.

Heute, wo wir die literarische Lebensarbeit des Hannoveraners übersehen können, müssen wir konstatieren, daß er vor allem in der Tier- und Jagdflanze stark war. Nicht so in seinen Romanen. In diesen kommt er meist über das Alltägliche gar nicht hinaus. Seine Bauerngeschichte „Der letzte Handhut“ dünkt uns geradezu trivial, nur in den Kapiteln, in denen er den Wald schildert, pulsiert es lebenswarm und heimlich. Auch sein häufig gerühmter geschichtlicher Roman „Der Wertwolf“ ist, obwohl in starker Sprache geschrieben, nicht ohne Schwächen. Wenn dreißig Jahre voll Blut und Brand, voll Staub und Schandung durchs Land ziehen, dann ist es sehr natürlich, daß auch Religion und Sittlichkeit in den Bergen klünderiger Bauern keine Stätte mehr haben. Zumal wenn diese selbst sich jahrelang nur noch aufs Roden und Brandschaden verlassen. Das Herausstreifen des Landeswälders steht im Widerspruch mit der Geschichte und das Zusammenreffen des Waldes des Waldes, des Waldbauern, mit dem Herzog und dessen Mätresse gibt dem Roman, der uns sonst ein leidliches Kulturbild jener Zeit gibt, einen starken Schlag. Solpostings.

Entschieden läßt sich Hermann Löns Tiergeschichten zu bewundern. Schon sein Erstling auf diesem Gebiete, das Tierbuch „Mümmelmann“, bewies sein starkes Können. Das gleiche gilt von den beiden aus dem Nachlaß geschiedenen Tierbüchern, dem Buche „Wid u“ und den Jagdflanz „So Müd' hoch“. Löns war ein Freund des Waldes, der Natur überhaupt. Er, der in den Begierden der Menschen reiches Glück nie fand, hatte keinen größeren Genuß, als die reine Freude, als wenn er das geheimnisvolle Leben und Wesen in Feld und Wald beobachten konnte. Vom bloßen hinterhältigen Abschließen des Waldes war er kein Freund, er studierte das Wild, und die Ergebnisse dieser Studien hat er in seinen Büchern gemüßwillig-plaudernd erzählt. Was Inhalt und Form betrifft, so sind diese Naturflanz wahre Perlen, und wir möchten keinen, der es versteht, das Leben und die Eigenarten des Wildes, des Amüßgen, wie überhaupt des Getiers in Wald und Flur dem Leser so nahe zu bringen als Hermann Löns. Unstreitig hat dieser Schilderer in seinen Stimmungen dem Volke auf diesen Gebieten mehr zu geben, als ein halbes Duzend in den einschlägigen Fachern ergraute Professoren. Und darum möchten wir die beiden Nachlaß-

bände sowohl in die Hände recht vieler erwachsener als auch jugendlicher Leser wünschen. Sie verdienen es, ebenso wie „Mümmelmann“ und noch das eine oder andere seiner Tierbücher es verdienen.

J. Rliche.

### Arbeiter- und Soldatenrat für Kunst.

In der Ueberzeugung, daß die politische Umwälzung benutzt werden muß zur Befreiung der Kunst von jahrzehntelanger Bevormundung, hat sich in Berlin ein Kreis einseitlich gesinnter Künstler und Kunstfreunde zusammengefunden. Er erstrebt die Sammlung aller verstreuten und darum sich zersplitternden Kräfte, die über einseitige Berufsinteressen hinaus am Neuaufbau unseres gesamten Kunstlebens mitwirken wollen. In engerer Fühlung mit den Arbeiter- und Soldatenvereinigungen ähnlicher Tendenz wie der Kunstkommission in München, Dresden usw. hofft der Arbeiter- und Soldatenrat für Kunst, die in folgendem Programm ausgearbeitet sind, in nicht zu ferne Zeit durchsetzen zu können.

An der Spitze steht der Leitsatz:

Kunst und Volk müssen eine Einheit bilden. Die Kunst soll nicht mehr Genuss weniger, sondern Glück und Leben der Masse sein. Zusammenschluß der Künste unter den Flügel einer großen Forderung ist das Ziel. Fortan ist der Künstler allein als Gestalter des Volkstempels verantwortlich für das sichtbare Gewand des neuen Staates. Er muß die Formgebung bestimmen vom Standbild bis hinunter zur Münze und Briefmarke.

Auf dieser Basis werden zunächst sechs Forderungen gestellt: 1. Anerkennung des öffentlichen Charakters aller Vorkünste, der staatlichen und privaten Aufhebung aller Beamtenprivilegien. Einseitliche Leitung ganzer Stadtteile, Straßenzüge und Siedlungen, ohne daß die Freiheit im Einzelnen beeinträchtigt wird. Neue Aufgaben: Volkshäuser als Vermittlungsstätten aller Künste an das Volk. Ständige Experimentiergelände zur Erprobung und Verwirklichung baulicher Wirkungen. 2. Auflösung der Kgl. Akademie der Künste, der Kgl. Akademie für das Bauwesen und der Kgl. Preussischen Landeskommission in ihrer bisherigen Gestalt. Ersetzung dieser Körper durch eine neue Organisation ihres Arbeitsfeldes durch solche, die aus der produktiven Künstlerklasse selbst ohne staatliche Beeinflussung geschaffen werden. Umwandlung der privilegierten Kunstausstellungen in freie. 3. Befreiung des gesamten Unterrichts für Architektur, Plastik, Malerei und Handwerk von staatlicher Bevormundung. Umwandlung des künstlerischen und handwerklichen Unterrichts von Grund auf. Bereitstellung staatlicher Mittel dafür und für Meistererziehung in Lehrwerkstätten. 4. Befreiung der Museen als Bildungsstätten für das Volk. Einrichtung ständiger wechselnder, durch Vorträge und Führungen dem ganzen Volke dienbar gemachter Ausstellungen. Abschaffung des wissenschaftlichen Materials in Zweckbauten. Absonderung technisch geordneter Studiensammlungen für Kunsthandwerk. Gerechte Verteilung der staatlichen Mittel zum Erwerb alter und neuer Werke. 5. Befreiung der künstlerisch wertvollen Denkmäler sowie aller Bauten, deren Kunstwert im Verhältnis zu dem Wert ihres anders brauchbaren Materials steht. Verhinderung vorzeitig geplanter Kriegdenkmäler und untergeordnete Einstellung der Arbeiten für die in Berlin und im Reich vorgesehenen



## Spartakus gegen Barth.

### Wie kam die Reichsleitung zustande?

In seiner Plenarrede vom 8. Dezember machte der Volksbeauftragte Barth folgende Enthüllung:

Dah er in der Regierung sitze und daß er zugegeben habe, daß die Regierung und der Volkskongress paritätisch zusammengesetzt sind, das sei gegeben, weil im Reichs-Buch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf ihn eintrug und sagte: es muß geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll.

Dazu bemerkt nun die „Rote Fahne“:

Als die Reichs-Buch-Versammlung vom 10. November begann, war das paritätische Kabinett — bis auf die Besetzung — bereits fertig, und Barth wohlbestalltes Mitglied dieser illustren Körperschaft.

Bei der Debatte über die paritätische Zusammensetzung des Volkskongresses bemerkte Liebknecht auf Befragen zu Barth: er selbst, Liebknecht, lehne den Eintritt in einen paritätischen Volkskongress selbstverständlich ab; wie freilich, wie Barth, an einem paritätischen Kabinett teilnehme, gerade in einem Widerspruch mit sich selbst, wenn er den Eintritt in einen paritätischen Volkskongress grundsätzlich ablehne.

Auch die übrigen Behauptungen Barths sind aus der Luft gegriffen.

Es wird diesem würdigen Mitglied der Regierung Ehre nicht gelingen, die Verantwortung für seine zweideutige Rolle durch solche einseitige Reden auf andere zu schieben.

Nach weiteren Informationen verhält sich die Sache folgendermaßen: Am 9. November hatten die Unabhängigen den Eintritt von Haase, Dittmann und Liebknecht in die Regierung vorgeschlagen, ob mit Liebknechts Einwilligung wissen wir nicht. Am 10. November änderten die Unabhängigen ihren Vorschlag dahin, daß an Stelle Liebknechts Barth in die Regierung eintreten solle. Es war mittlerweile nicht über Parteifragen, sondern lediglich über die tatsächlichen Grundlagen der Regierungsbildung verhandelt worden. Gegen Mittag kam die Einigung zustande, und nachmittags tagte die Versammlung im Reichs-Buch. Da die paritätische Vertretung in dem dort zu wählenden Volkskongress den Wünschen Barths nicht entsprach, erklärte dieser, wieder aus der Regierung auszutreten. Haase und Dittmann erklärten, daß unter diesen Umständen auch sie wieder austreten müßten, und damit schied das Kabinett gesamt. Hier scheint nun Liebknecht in einem letzten Augenblick mit seiner Vermittlungstätigkeit eingegriffen zu haben, indem er meinte, wer A gesagt habe, müsse auch B sagen. Recht ist ihm aber diese vorübergehende Befundung sozialistischer Einsicht peinlich, und er will es nicht mehr gewesen sein.

## Die Eisenbahntarife.

### Erhöhung in Aussicht.

Aus der preussischen Eisenbahnverwaltung wird für 1918 nach den vorläufigen Schätzungen aus dem gesamten Verkehr ein Gesamtertrag von 1 1/2 Milliarden Mark erwartet. Das finanzielle Ergebnis ist unter anderem dadurch sehr ungünstig beeinflusst worden, daß in diesem Jahre infolge der Wendung auf dem Kriegsschauplatz unsere Eisenbahnen sehr stark für Heereszwecke in Anspruch genommen wurden, und dementsprechend den Personen- und Güterverkehr einschränken mußten. Damit man dem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herstellen kann, soll eine einschneidende Tarifserhöhung durchgeführt werden. Der neue Eisenbahnminister Hoff hält jetzt eine noch stärkerer Erhöhung für nötig als diejenige, die bereits von seinem Amtsvorgänger beschlossen war. Er denkt an einen Zuschlag bis 60 Proz. für den gesamten Güterverkehr, nötigenfalls mit Ausnahmetarifen für Kohle, Holz und Getreide. Für den Personenverkehr, für den bereits eine Tarifserhöhung von durchschnittlich 25 Proz. in Aussicht genommen war, wird jetzt eine Staffelung als richtig angesehen. Danach soll der Zuschlag betragen in der vierten Klasse 20 Proz., in der dritten Klasse 25 Proz., in der zweiten Klasse 35 Proz., in der ersten Klasse 100 Proz. Bezieht sich das finanzielle Ergebnis wieder, so sollen die Zuschläge ermäßigt oder ganz beseitigt werden. Der neue Eisenbahnminister ist übrigens Gegner des Vierklassensystems im Personenverkehr und möchte höchstens zwei Klassen zulassen, hält aber zurzeit diese Reform für noch nicht möglich. Aus den Personen- und den Güterverkehr ist die erste Klasse ja schon beseitigt worden. Minister Hoff hat seine Pläne, wie wir hören, in einer Sitzung des Staatsministeriums vorgelegt. Er ist ermächtigt worden, mit sämtlichen deutschen Bundesregierungen und verbindlich darüber zu verhandeln, ob Einheitlichkeit in der Tarifbemessung zu empfehlen ist. Er selber hält sie für unbedingt notwendig, wenn nicht der Verkehr erschwert werden soll. Die preussische Staatsregierung hat sich zunächst noch in keiner Weise festgelegt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Generalversammlung der Metallarbeiter.

Der ordentlichen Generalversammlung der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes lag zunächst der Rechenbericht für das 3. Quartal 1918 vor. Aus ihm geht hervor, daß im 3. Quartal 1918 die Einnahmen der Hauptkassen 531 320,97 Mk. betragen haben. Unter den Ausgaben befinden sich 522 608,30 Mk., die an die Hauptkassen eingelangt sind. Der Restbetrag von 8 712,67 Mk. für Krankenkassenunterstützung sind ausgegeben 127 708,45 Mk. Die Lokalkassen hat infolge eines Bestandes von 2 318 557,71 Mk. eine Einnahme von 2 564 264,47 Mk. Der Restbestand der Lokalkassen am Ende des 3. Quartals betrug 2 556 465,17 Mk. Dem Kassierer wurde ohne Debatte einstimmig Entlastung erteilt.

Runmehr wurde der Punkt

Erklärung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallindustrie Groß-Berlins

verhandelt. Die 14 Tage früher stattgefundenen Bezirksversammlungen hatten sich fast einmütig für den Arbeitsnachweis ausgesprochen. Nur an einigen Stellen waren gegen einige Paragrafen Bedenken erhoben. Diese Bedenken wurden auch jetzt wieder in der Generalversammlung vorgebracht, es wurde vorgeschlagen, die Sache zu verhandeln und eine Kommission zu ernennen, die die einzelnen Änderungsanträge prüft und behandelt soll.

Die Generalversammlung entschied sich auch, nachdem sie sich zunächst im Prinzip für den paritätischen Arbeitsnachweis ausgesprochen hatte, für den Antrag der Vertagung. Als jedoch bei der Wahl der Kommission und der Erledigung der Aufgaben dieser Kommission sich herausstellte, daß hierbei besondere Schwierigkeiten und längere Verzögerungen wahrscheinlich seien, tauchten bei verschiedenen Mitgliedern Bedenken auf, daß damit den gegenwärtigen Bedenken auf dem Arbeitsmarkt nicht entsprochen würde, weshalb der Vorschlag aus der Mitte der Versammlung kam, den Beschluß auf Vertagung aufzuheben.

Cohen empfiehlt nunmehr, zu beschließen, daß der paritätische Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Groß-Berlins so bald wie möglich in Kraft tritt und etwaige Veränderungen in den einzelnen Paragrafen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Änderungen der einen oder anderen Bestimmungen könnten natürlich immer beantragt und verhandelt werden. Sollten solche Vorschläge gemacht werden, müßten sie zunächst beim Bureau des Metallarbeiterverbandes übermittelte werden.

Dieser Vorschlag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Damit ist das Inkrafttreten des paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallindustrie Groß-Berlins seitens der Metallarbeiter gesichert. Wenn alle Vorbereitungen erledigt werden können, wird der paritätische Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Groß-Berlins mit dem 16. Dezember d. J. seine Tätigkeit aufnehmen.

Ein weiterer Antrag von der Arbeiterinnenkommission auf Anstellung einer weiblichen Sekretärin wurde nach kurzer Begründung durch die Kollegin Bauer gegen eine Stimme angenommen. Es wurde gemäß dem Statut sofort eine Kommission gewählt, die in Verbindung mit drei von der Ortsverwaltung zu bestimmenden Vertretern die Wahl selbst vorzubereiten hat. Der Posten wird ausgeschrieben.

### Unfallereignisse in den Betrieben.

Durch die verschiedensten Umstände veranlaßt, herrschen zurzeit so viele Unfallereignisse unter den Metallarbeitern Berlins, daß eine strikte Vermeidung notwendig ist.

Als erster Redner nahm zu dem Anlaß

### der Volkshausaufträge Kollege Barth

das Wort, der zunächst betonte, daß zurzeit Arbeitsniederlegungen auf alle Fälle unterbleiben müßten. Was wir jetzt brauchen, seien Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen und vor allem Frieden. Der Krieg habe einen großen Trümmerhaufen hinterlassen; aus ihm gälte es jetzt ein wohlhabendes Gebäude zu errichten. Denn da jemand glaube, daß das von heute auf morgen entstehen könne sei er im Irrtum. Es werde das höchste Idealismus der Solidarität und der Einigkeit bedürfen, wenn wir durch die gegenwärtige schwierige Zeit hindurch kommen wollen. Ferner der gegenwärtige Zustand noch längere Zeit dauern werde in Deutschland alles zugrunde gehen. Darum müsse gegen die in einzelnen Betrieben unternommenen Versuche, für sich ohne Rücksicht auf die Lage der Gesamtheit etwas heranzubringen, entschieden vorgegangen werden. Die deutsche Industrie habe keinen nennenswerten Kredit mehr im Ausland. Der unentbehrliche Kredit aber sei nur zu schaffen, wenn wieder Exportgüter für das Ausland produziert werden.

Barth erinnerte dann auf die Versammlung am Freitag, den 8. Dezember, ein und erklärte, es sei festgestellt, daß weder Ebert noch Scheidemann noch Landsberg irgendwie mit den Vorankommen in Verbindung stehen. Das könne er auf das Bestimmteste erklären. Wenn auch nur die entfernteste Möglichkeit vorläge, daß ein Zusammenstoß zwischen diesen Genossen und den Vorankommen am Freitag bestünde, würde er nicht eine Minute länger in der Regierung bleiben.

Nach Barth kam

### Walter Müller

zum Wort, der meinte, daß er von den verschiedensten Seiten Kritik anerkennen werde. Daß dies gelte, beweise ihm, daß er auf dem richtigen Wege sei. Durch den Krieg sei das Nationalvermögen zum größten Teil verendet. Der verbleibende Rest müsse der Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt werden.

Die weiteren Ausführungen Müllers enthielten zumest kritische Anmerkungen gegen die Regierung, die seiner Meinung nach von der Absicht des Vorkommens am Freitag, den 6. d. M., vorher gewußt und nichts dagegen getan habe. Nach einigen weiteren Anmerkungen gegen die Tätigkeit der Regierung erklärte Müller, wenn es zum Blagen komme, dann solle die Öffentlichkeit wissen, wodurch es zum Bruch gekommen sei. Die bürgerliche Presse, die in den ersten Tagen nach der Revolution sehr zurückhaltend war, habe sich nun und nach wieder herabgesetzt und demgegenüber sei es seiner Meinung nach nötig, daß die Arbeiterklasse demonstrierte, um zu zeigen, daß sie die Errungenschaften des 9. November nicht wieder nehmen lassen.

Barth trat den Angriffen Müllers auf die Regierung entgegen und erklärte, daß von den Volksbeauftragten niemand von den Vorkommnissen am Freitag, den 6. d. M., etwas gewußt habe. Jede eventuelle Behauptung treffe einfach nicht zu. Barth schloß mit den Worten, früher war der wirtschaftliche Kampf der Streik eine Tat, heute wäre er eine Dummheit.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde nunmehr die Versammlung vertagt.

## Groß-Berlin

### Der Einzug der eisernen Jäger.

Am heutigen Mittwochnachmittag ist durch das Brandenburger Tor die Deutsche Jägerdivision eingezogen. Diese Truppe, die sich aus Westfalen, Pommern, Westpreußen und Brandenburgern zusammensetzt, ist eine der jungen Divisionen, die im Laufe des Krieges an allen Fronten gekämpft hat. Die Division, die in den italienischen und englischen Heeresberichten oft erwähnt wurde, und die zuletzt im Westen gestanden hat, ist diejenige, welche den berühmten Durchbruch an der Sonzogn-Front erzwungen hat.

Dicht vor der Grenze Charlottenburg an der Hofenauer Brücke nahmen die Jäger heute morgen Aufstellung. In musterhafter Ordnung, mit Blumen und Lannenzweigen reich geschmückt, rückten zur angegebenen Zeit die Kolonnen heran. Zuerst die Garde-Reservejäger, dann die Garde-Reservejäger, dann das aktive Jäger-Bataillon 1. Graf Nord, die 1. Reservejäger, das Jägerbataillon 7, dann das der Division zugeteilte Brandenburger Infanterieregiment 189, eine Abteilung der Westfälischen 24. Feldartillerie und schließlich die Motorabteilungen 5 und 6. Wie auch gestern, hatten sich Tausende und aber Tausende von Menschen angefannt, um den Anmarsch der ruhmreichen Jäger mitanzusehen. Viel bestaunt wurden die von den Alpenmärchern her mitgebrachten Tragtiere, die Kaulen und kleinen Pferde, die im ruhigen Bahngang mit ihren aufgeschauelten Maschinen gewöhnten und leichten Gebirgsgehäusen den Kurven durch den ebenfalls gelassen entlang zogen, wie damals über die breiten Alpenpässe. Die Mannschaften, in ihrer tadellosen Gebirgsausrüstung, machten einen prächtigen Eindruck. Am Kurvenstandort herrschte heute ein lebhaftes Treiben. Die Mittelpromenade war ebenso wie die Bürgersteige von einer dichten Menge erfüllt, die die Jäger freudigst begrüßte. Kurz vor 12 Uhr erreichte die Spitze die Hofjägerallee und den Großen Stern, wo, wie auch gestern, viele Tausende der Ankunft der Truppen warteten.

Bei dem heutigen Einzug der Deutschen Jägerdivision, die aus Truppen aller deutschen Stämme gebildet ist, hielt der Volksbeauftragte

### Hugo Haase

am Brandenburger Tor die folgende Ansprache: Soldaten, der Rat der Volksbeauftragten, die Regierung der sozialistischen Republik, begrüßt Euch auf das wärmste bei Eurer Rückkehr in die Heimat. Eure Leiden und Mühsale während der qualvollen Kriegsjahre haben wir mit Euch geteilt. Als die Regierung die Gewalt ergriff, war es ihr fester Entschluß, die sinnlose Passivschlacht auch nicht um eine Stunde zu verlängern. Euch aus den Stätten des Grauens und der Zerstörung ohne Gefahr zu friedlicher Arbeit zurückzuführen, war ihr Bemühen. Jetzt seid Ihr auf heimischem Boden, Volksgenossen eines freien Volkes, nicht mehr herrscht das eiserne Siegel der Militärdiktatur, die jede Bewegung eines freien Gedankens niederdrückt. Die alten Machthaber, die Euch in den Krieg hineingetrieben und Elend

auf Elend geküßt haben, sind gestürzt, unter ihrem fluchbeladenen Schlimm ist unser Volksleben verwüstet, an seiner Wiedergeburt mitzuwirken, seid Ihr berufen.

Eure Kameraden in den Kasernen tragen rote Abzeichen, auf den Amtsgebäuden weht die rote Fahne. Dieses Rot ist das Sinnbild der Menschheitsverbrüderung, zu der sich die sozialistische Republik bekennt. Vielfach sind Euch nur Herrbilder vom Sozialismus entgegengekommen und von den Männern, die für seine Verwirklichung kämpfen. In Wahrheit vermag nur die sozialistische Gesellschaftsform die Völker auszuföhnen und damit ein für allemal einen Krieg unmöglich zu machen. Und wer wollte nach den furchtbaren Erfahrungen dieses Krieges, daß noch einmal Brüder gegen Brüder die Waffen gegeneinander erheben? Auf dem Trümmerhaufen, den der Krieg zurückgelassen eine Welt geordneten Zusammenlebens ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Klassen und ohne Unterdrückung zu schaffen, das ist die Aufgabe der sozialistischen Republik. Von Euch, Soldaten, wird es wesentlich abhängen, ob diese Bewegung, die allerbereitend eingeleitet hat, erfolgreich verläuft. Nicht mehr dürfen die dunklen Mächte der Vergangenheit das Aufwärtstreben zur Menschheitskultur verhindern.

Unser heiliger Wunsch gilt der Freiheit und der Brüderlichkeit.

### Einzug einer Gardedivision.

Morgen wird die 4. Gardedivision in Berlin einziehen. Mit der Division gehen die ersten Garderegiment — das 5. Garderegiment und das 4. Garderegiment bei Kriegsbeginn aufgestellte Reserveinfanterieregiment 88 — zurück. Der Einmarsch führt über die Frankfurter Allee, Kaiserstraße, Meyerstraße, Königsplatz, Spandauer Straße, Schlegelplatz, Unter den Linden, Siegesallee, Königsplatz, Alt-Kohlsb., Stromstraße, Pankstraße, Vorkampstraße, Ostpreußenstraße. Die Gardedivision wird um 11 Uhr vormittags am Brandenburger Tor durch die Reichs- und Stadtbeförden feierlich empfangen.

### Eisenbahnunfall auf dem Schlesienschen Bahnhof.

Von einem Zugzusammenstoß, der leicht unüberschaubar Folgen hätte haben können, wird berichtet. Der heute morgen 9.54 von Straußberg abfahrende Personenzug fuhr bei seinem Eintreffen auf dem Schlesienschen Bahnhof auf den noch dort haltenden D-Zug Hannover-Essen-Rhein, der 10.48 vom Schlesienschen Bahnhof abfahren sollte, auf. Noch Mitte letzten Jahres des Lokomotivführers des Straußberger Zuges war die Einfahrt freigegeben. Da das Gleise eine starke Beugung an der betreffenden Stelle macht, so konnte er nicht mehr rechtzeitig den vor ihm haltenden Zug bemerken und fuhr trotz aller Bremsversuche auf. Zum Glück ist ein größeres Unglück nicht eingetreten. Nur der Cephalopoden des Straußberger Zuges wurde stark demoliert und in dem letzten Wagen des D-Zuges erlitten einige Soldaten nur leichtere Schnittwunden.

### Warnung vor Moha als Tabakerk.

In verschiedenen Gänsepräparierungen sind auch die Wätter, Stengel und Kapseln des im Innlande gebauenen Moha als Tabakerk empfohlen worden. Gegen ihre Verwendung müßten aber, wie an amtlicher Seite betont wird, gesundheitliche Bedenken erhoben werden, da die pflanzliche Substanz des Opiums enthalten, die in den Rauch übergehen und ähnliche Giftwirkungen zur Folge haben können, wie sie beim Rauchen an Opium beobachtet werden.

Verkehrshinderung auf der Hochbahn. Eine mehr als 1 1/2 stündige Verkehrsunterbrechung entstand heute vormittags gegen 10 Uhr im Betriebe der Hochbahn auf der Strecke von Leipziger Platz aus westwärts. Ein von Bülowstraße auf Bahnhof Charlottenburg einlaufender Zug erlitt einen Schaden durch Auslaufen der Achsbüge. Die Auswechslung des schadhaften Teiles dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Während dieser Zeit ruhte der Verkehr nach West nach Ost vollkommen. Die Nord- und die Ostseite wurde von dieser Störung nicht berührt, dagegen drohte ein Ausweichen der Stromzuführung dort eine vierstündige Verkehrsunterbrechung. Da die Störung vor Geschäftsbeginn in der Zeit des großen Verkehrs aus den Vororten nach dem Innern der Stadt einwirkte, spielten sich an den Haltestellen der Straßenbahn, die in der Nähe der Hochbahnstationen lagen, wahre Kämpfe um einen Platz in der Straßenbahn ab. Die Wagen waren bis auf die Trittbretter, Kuppelangehängen und Augenränder an den hinteren Plattformen mehr als voll besetzt.

„Am Intellekt der Reichsbank.“ 18 Silberbarren im Werte von 18 000 Mk. erbeuteten Beschlagnahmehändler am Kottbusser Ufer. Bei der Inhaberin eines Silberwarengeschäfts, deren Mann noch im Felde steht, erlitten ein Soldat und ein Jüdisch, stellen sich als Beauftragte des Kriegswirtschaftsamt vor und wiesen sich auch mit gefälschten Papieren dieses Amtes und des Polizeipräsidenten aus. Sie erklärten, dem Kriegswirtschaftsamt sei angezeigt worden, daß das Geschäft nicht einwandfrei erworbenes Silber verarbeitet. Der noch vorhandene Bestand müsse im Interesse der Reichsbank beschlagnahmt werden. Von der Verhaftung der Frau wollten sie Abstand nehmen, da sie allein im Geschäft sei, sie müsse sich aber am nächsten Morgen um 9 Uhr auf dem Polizeipräsidenten melden. Die beiden „Beamten“ trugen sofort das Silber in eine Droßkoffel und fuhrten davon. Gestern morgen erfuhr die Frau auf dem Polizeipräsidenten, daß sie Schwärzlerin in die Hände gefallen war.

Das vierte Opfer hat die Flimmerplosion gefordert, über die wir berichteten. Frau Himmel selbst ist jetzt im Krankenhaus an ihren Brandwunden gestorben.

Niederhämmer. Aus der Gemeindevorstellung. Die Sitzung am Dienstag bewilligte eine einmalige Zulage an die Gemeindebeamten, Arbeiter und sonstigen Angestellten sowie den Lehrern an den höheren und Volksschulen in Höhe von insgesamt 102 170 Mk. Zum Sicherheitsdienst sollen die vom Heere entlassenen Gemeindeangehörigen laut Beschluß des A- und S-Rats verwendet werden. Die Kosten dafür betragen pro Monat 2700 Mk.

Samariter für die Einzugserleichterungen. Der Arbeiter-Samariterbund schreibt uns: Sämtliche Arbeiter-Samariter sind verpflichtet, sich am den Einzugstagen früh 10 Uhr am Brandenburger Tor (Wache) zur Verfügung mit Leiche und Armbrüste zu stellen.

In der Universitätsklinik für Chren- und Nasenkrankheiten in der Charité beinahe für erkrankte und gebürtgeschädigte Soldaten wurde im Absehn des Besprochenen und zur Erhaltung der Stimme und Sprachfunktion unter ärztlicher Leitung, Redungen Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag um 10 1/2 Uhr im Rämmertageaum der Klinik, Luisenstr. 13a.

Der sozialdemokratische Arbeiterverein veranstaltet am Montag, abends 8 Uhr pünktlich, im kleinen Saal des Langenbeck-Büchsen-Gaules, Luisenstr. 28/30, eine freie Kundgebung über das Thema: „Der Arzt in der sozialen Republik“. Gäste willkommen.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abkündigung 250 Gramm Runkelrübe (1), Rind-Pastet (40 Pf.) Anmeldung hat bis einschließl. 18. d. M. zu erfolgen.

Schöneberg, Nähgarntverkäufe. Die Kleinverarbeiter können das ihnen zugehörige Garn von Donnerstag, den 12. Dezember ab nach einer besonderen Ausgabeverteilung in der Städtischen Verkaufsstelle, Hauptstraße 11, hochpt., in Empfang nehmen.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

Wilmerdorf. Die heute abend tagende Mitgliederversammlung findet in der Aula der Goethe-Schule, Westfälische, 40e Mühlentstraße statt. Friedrichshagen. Heute abends 8 Uhr findet im Proseerlandschaft Seestrasse Genosse Rudolf Witzel über: „Was will die Sozialdemokratie?“ Gäste willkommen.



